

**Rede von Minister Hirche  
im Bundesrat zum  
Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der  
Gesetzlichen Krankenversicherung  
(GKV-WSG) BR Drs. 75/07  
am 16.02.2007**

Anrede,  
die Gesundheitsreform sollte eines der wichtigsten  
Reformprojekte der Großen Koalition werden.  
Inzwischen wird deutlich: Die Große Koalition ist mit  
ihrem wichtigsten Reformprojekt in dieser  
Legislaturperiode grandios gescheitert.

Heute liegt uns zwar das Reformgesetz zur  
Beratung im Bundesrat im zweiten Durchgang vor.  
Doch nach tagelangen Anhörungen,  
Notoperationen und Krisensitzungen möchte man  
rufen: Operation gelungen - Patient tot!

Wochenlang wurde auf der Intensivstation des  
Bundestags an diesem Gesetz herum operiert, jetzt  
soll der Bundesrat quasi im Eilverfahren über die  
Reform beschließen.

Ein solches Hau-Ruck-Verfahren ist dieser komplexen Reform nun wirklich nicht angemessen und in schärfster Form kritikwürdig.

Anrede,  
das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz wird die Strukturen im Gesundheitswesen und insbesondere bei den gesetzlichen Krankenkassen gravierend verändern. Nur: Diese Reform geht in die völlig falsche Richtung.

Keines der wichtigen Reformziele wurde erreicht: Als die Bundesregierung antrat, ging es vor allem darum, die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine längerfristig tragfähige Basis zu stellen. Denn wir alle wissen, dass aufgrund des demographischen Wandels und des medizinischen Fortschritts die Kosten des Gesundheitswesens unweigerlich weiter steigen werden.

Als Wirtschaftsminister sehe ich dies sogar positiv! Denn Gesundheit ist gesellschaftlich gesehen nicht nur ein Kostenfaktor, sondern das Gesundheitswesen ist ein wichtiger Zukunftsmarkt

mit enormen Entwicklungs- potentialen und Arbeitsplatzchancen. Deswegen brauchen wir endlich eine Gesundheitsreform, die die Effizienz und Transparenz des Systems fördert und ein Finanzierungssystem, dass das Gesundheitswesen von den Lohnkosten abkoppelt und von den Fesseln ständiger Kostendämpfung befreit.

Anrede,

Wir dürfen uns die Entwicklung dieses Marktes nicht durch ständige Kostendämpfung und Festhalten an einem einheitlichen Leistungskatalog in einer Einheitsversicherung ohne wirkliche Wahlfreiheit der Versicherten verbauen!

Mit dem vorliegenden Reformgesetz hat die Bundesregierung genau das Gegenteil getan. Durch die Einführung eines Spitzenverbandes Bund und durch die Festlegung eines einheitlichen Beitragssatzes ab 2009 wird die Kopplung an den Faktor Arbeit zementiert und das Gesundheitswesen weiter zentralisiert. Mit der Gründung des Gesundheitsfonds wird das System noch bürokratischer, intransparenter und teurer.

Anrede,

Ein weiteres wichtiges Ziel war, die Lohnzusatzkosten durch geringere Beitragssätze zu senken. Auch dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Das Gegenteil ist der Fall: Die vom Bundestag beschlossene Mehrwertsteuererhöhung belastet die gesetzlichen Krankenkassen mit einem Milliardenbetrag, ohne dass dafür ein Ausgleich geschaffen wird. Die Finanzierungsprobleme der GKV werden so sehenden Auges verschärft. Mit Blick auf die Finanzreform, die 2009 in Kraft treten soll, sehen sich die gesetzlichen Krankenkassen schon jetzt gezwungen, ihre Beitragssätze zu erhöhen. Der durchschnittliche Beitragssatz ist dadurch bereits von 14,2 % auf 14,7 % gestiegen. Weitere Anhebungen sind absehbar. Die Senkung der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung wird so zum Teil wieder aufgeessen. Das heißt: Trotz Mehrwertsteuererhöhung mit einem Volumen von rund 24 Mrd. Euro kommt die Koalition bei der Senkung der Lohnzusatzkosten so gut wie keinen Schritt voran.

Außerdem ist schon jetzt vereinbart, dass die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt in den nächsten Jahren wieder deutlich steigen werden. Das hilft zwar auf der Finanzierungsseite, aber niemand in der Bundesregierung weiß bisher, wie diese steigenden Bundeszuschüsse finanziert werden sollen. Dabei sind der Willkür keine Grenzen gesetzt. Eine bewusste Steuerfinanzierung von versicherungsfremden Leistungen, die wie z.B. die Kosten der Kindermitversicherung, die ja klar identifiziert sind, wäre noch nachvollziehbar gewesen. Doch auch dazu hat sich die Koalition nicht durchringen können.

Anrede,

Schon jetzt – noch vor Inkrafttreten des Gesetzes - wird laut über notwendige Steuererhöhungen spekuliert. So treibt die Reform im Ergebnis Beiträge und Steuern weiter in die Höhe!

Auch von einer Stärkung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen – wie es der Titel des Gesetzes so vollmundig verspricht – kann aus meiner Sicht keine Rede sein. Mit der Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes wird in einem zentralen

Bereich, nämlich der Wettbewerb unter den Krankenkassen, nicht gestärkt sondern geschwächt. Eventuell notwendige Zusatzbeiträge werden auf maximal ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens beschränkt. Der Leistungskatalog ist zu 95 % vordefiniert.

Anrede,

mit diesen Rahmenbedingungen kann man keine Vielfalt und produktiven Wettbewerb unter den Krankenkassen erzeugen. Die Versicherten bleiben in Quasi-Einheitskassen gefangen, weil der Wechsel zu einer anderen Krankenkasse kaum noch lohnt.

Immerhin: Mit den neuen Regelungen wird der Wettbewerb unter den Leistungsanbietern tatsächlich gestärkt. Ich habe in meiner Rede im ersten Durchgang hier im Bundesrat jedoch darauf hingewiesen, dass es dabei fair zu gehen muss. Krankenkassen dürfen ihre Marktmacht nicht missbrauchen! Ich bin froh, dass die Koalition zumindest in diesem Punkt Einsicht gezeigt hat und diesen Markt zukünftig auch dem Wettbewerbsrecht unterstellt.

Anrede,

völlig tollkühn bleiben ihre Pläne zur Einführung eines Basistarifs in der privaten Krankenversicherung. Mit dem Basistarif, der sich zukünftig am Einkommen bemessen soll, werden die Finanzierungsformen von privater und gesetzlicher Krankenversicherung in unzulässiger Weise vermischt. Die Folge wird sein, dass die die Basistarife die Kosten dieser Versicherten nicht decken werden und die anderen Privatversicherten diese Kosten tragen müssen. Mir scheint, dass sich hier am Ende diejenigen durchgesetzt haben, die die private Krankenversicherung am liebsten ganz abschaffen wollen.

Anrede,

meine feste Überzeugung ist: Wer das Gesundheitswesen dauerhaft auf eine tragfähige finanzielle Basis stellen will, kommt an einer echten Strukturreform nicht vorbei, die die Finanzierung des Gesundheitswesens von den Lohnkosten abkoppelt, die Vielfalt der Krankenkassen fördert und den Versicherten Wahlfreiheit sowohl über die

freiwilligen Leistungen als auch über die gewünschten Tarifformen gibt.

Das heute zur Beschlussfassung vorliegende Reformwerk wird das Gesundheitswesen nicht nachhaltig stärken, sondern schwächen. Ich bin deshalb sicher, dass diese Reform keinen Bestand haben wird. Die nächste Reform ist mit diesem Gesetz bereits vorprogrammiert.

Niedersachsen wird deshalb dieser Reform nicht zustimmen.